

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 244
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 17. Dezember 1936.

Spendet für die Wiener Winterhilfe!

Morgen, Freitag, und übermorgen, Samstag, findet in Wien eine Strassensammlung zugunsten der Wiener Winterhilfe statt. Die Bevölkerung wird eingeladen, sich an der Sammlung rege zu beteiligen und durch möglichst reichliche Spenden diese wichtige Wohlfahrtsaktion zu fördern, an der 150.000 bedürftige Haushalte oder rund 375.000 Menschen teilnehmen. Jeder Spendenbetrag fliesst unmittelbar den Notleidenden zu.

Musik und Tanz im Dienste der Josefstische.

Mittwoch nachmittags fand im Akademietheater unter der Devise "Eine Stunde Musik und Tanz" eine kunstlegisch bedeutsame Veranstaltung zugunsten der Josefstische statt, die unter dem Ehrenschatze der Fürstin Nora Fugger-Babenhausen und der Gräfin Johanna Hartenau-Battenberg stand. Nach der von den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Carl Alwin wundervoll vorgetragenen Ouvertüre zu "Figaros Hochzeit" von W.A. Mozart hinterliess die dramatische Szene "Eine Mutter vor Gericht", die von der ehemaligen berühmten Mimikerin der k.k. Hofoper Marie Schleinzer-v. Hortenau dargestellt wurde, tiefen Einaruck, ebenso die von dieser Künstlerin vorge-tragenen Wiener Lieder. Die Klavierbegleitung besorgte Erich Meller. Dann zeigte das Staatsopernballett in Mozarts Schäferspiel "Le petit riens" und "Geschichten aus dem Wienerwald" von J. Strauss seine unerreichte Kunst. Die Spielleitung lag in den Händen Willy Fränzls, während die Wiener Philhar-moniker unter Carl Alwin begleiteten. Das volle Haus, in dem sich die beste Gesellschaft Wiens eingefunden hatte, spendete den Darbietungen begeisterten Beifall. Der Erlös wird zur Gänze den unter der Leitung der Gattin des Bür-germeisters, Frau Josefine Schmitz stehenden Josefstischen zugeführt.

Zweiter Budgetbericht.

Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 17. Dezember 1936.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute die Budgetberatung unter dem Vorsitz des Vizobürgermeisters Lahr fort. In der Spezialdebatte zum Hauptstück "Finanzamt", die zugleich Generaldebatte ist, beschäftigte sich zunächst Rat Elsinger mit der Frage der Arbeitsbeschaffung und deren Kostenbedeckung und meint, dass das System des ausgeglichenen Budgets für Oesterreich und für die Stadt Wien mindestens derzeit empfehlenswert sei. Nichtsdestoweniger sei eine langfristige Investitionsanleihe ein gangbarer Ausweg. Zur Lösung des grössten Problems unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit, müsse jedes Mittel versucht werden und es sei vollkommen richtig, der künftigen Generation die Tilgung einer Anleihe aufzulasten, die die Arbeitslosigkeit bannen und damit im weiteren Verlaufe grosse Gefahren vom Vaterland abhalten könne. Wenn wir die Ausbreitung umstürzlerischer Aspirationen bannen wollen, müssen wir das Grundübel bekämpfen, wofür uns die künftige Generation dankbar sein werde. Der Wirtschaft seien durch Zollmauern, Clearingübereinkommen und Handelsverträge die Hände gebunden, weshalb sie die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen müsse. Redner tritt für die Verwendung sämtlicher allfälliger Mehreingänge des Jahres 1937 für arbeits-schaffende Investitionen ein, empfiehlt eine Verbilligung der Kreditkosten und nach Möglichkeit Milderungen bei der Fürsorgeabgabe, Mietaufwandsteuer und Hausgroschenabgabe. Das Kanzlerwort "Wirtschaft hat vor der Politik zu stehen", sagt der Redner, lasse ihn mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Er setze in Bürgermeister Schmitz, der für die Wirtschaft bisher mehr als ein übriges getan hat, das grösste Vertrauen und bitte ihn, der Lösung der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Frage der Arbeitsbeschaffung sein grösstes Augenmerk zuzuwenden. Bei diesem Werk wurde die gesamte Wirtschaft geschlossen hinter dem Bürgermeister stehen.

Rat Stubenvoll führt aus, dass die Stadt Wien im Vorjahre sehr viel für die Arbeitsbeschaffung geleistet habe. Solange es aber noch Not und Elend gebe, müsse alles unternommen werden, um auch diese Sorgen zu meistern. Gerade im Bauwesen könne die Arbeitslosigkeit bedeutend herabgesetzt werden und es liege an der Stadt Wien, die Wohnbauförderung zu intensivieren. Wenn Wien hier die Initiative ergreife, werde sich die Privatwirtschaft ebenfalls entschliessen, Wohnhausbauten aufzuführen, wobei insbesondere der Bau von Kleinwohnungen und Kurzarbeitersiedlungen noch mehr als bisher zu fördern wäre. Ausländische Zeitungen erörtern auch das Projekt einer Untergrundbahn in Wien; ein solches Vorhaben würde ebenfalls sehr viel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Nach einigen gegenständlichen Bemerkungen des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Lahr übernimmt Vizebürgermeister Dr. Kresse den Vorsitz.

Rat Ing. Herrmann spricht vom Standpunkte der Bauunternehmer und meint, eine der wichtigsten politischen Aufgaben sei, dem grössten Teil der Arbeitslosen Arbeit zu geben. Eine fühlbare Belebung der Bautätigkeit könne jedoch nur durch weitgehende und grosszügige Bereitstellung öffentlicher Mittel erreicht werden. Redner verweist auf ein von zahlreichen technischen Korporationen gemeinsam aufgestelltes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unter anderem den Umbau alter Wohngebäude in den inneren Bezirken, den Bau von Familienhäusern auf den freien Baustellen der Cottagevierteln und endlich den Bau von Siedlungen sowie eine zweckmässige Kreditbeschaffung für diese Bauvorhaben vorsieht. Redner bittet den Bürgermeister, so wie bisher der Bauwirtschaft sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Rat Diestler bezeichnet es als Aufgabe des Handels, alle Vorschläge der Wirtschaft, die eine Belebung des Arbeitsmarktes zum Ziele haben, aufmerksam zu verfolgen. Der Handel ist daran sehr interessiert, weil mit der Belebung der Gesamtwirtschaft auch die Arbeitslosigkeit im Handelsgewerbe gemildert würde. Er ersucht, das Arbeitsbeschaffungsprogramm dahin zu ergänzen, dass noch mehr kleine Meister und Gewerbetreibende mit zum Zuge kommen

Strassenbahnkartenvorverkauf am Goldenen Sonntag.

Die Kartenvorverkaufsstellen der städtischen Strassenbahnen sind am kommenden Sonntag (Goldener Sonntag) von 8 Uhr bis 14 Uhr geöffnet.

Am 24. Dezember (heiliger Abend) sind die Vorverkaufsstellen bis 17 Uhr 30, am 26. Dezember (Stephanietag) von 8 Uhr bis 14 Uhr offen. Am 25. (Christtag) und 27. Dezember sind die Kartenvorverkaufsstellen geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Rat Knellinger spricht für die Berufsgruppe der Angestellten des Handels, er beklagt die Missachtung der Vorschriften über den Ladenschluss und die Sonn- und Feiertagsheiligung, hält den Verkauf am Silberrn Sonntag im Lebensmittelhandel für unnötig und erklärt die Sonntagsheiligung möge nur bei Bestehen einer wirklichen Notwendigkeit hierfür aufgehoben werden. Auch diese Fragen müssten im Einvernehmen mit der Angestelltenschaft behandelt werden. Heuer werde sogar das Aufsperrn der Lebensmittelgeschäfte am ersten Weihnachtsfeiertag erwogen und dagegen müsse man entschieden Stellung nehmen. Die Angestelltenschaft sei bestimmt gewillt, alles zu tun um ihrerseits am Aufbau und Neubau Oesterreichs mitzuwirken. Er hoffe aber auch Verständnis für ihre Wünsche und Sorgen, sie erhoffe, das insbesondere vom Herrn Bürgermeister, der das wichtige Referat der sozialen Verwaltung aus eigener Anschauung kennt. Die Angestelltenschaft bittet, ihre Bestrebungen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu unterstützen.

Rat Kastl als Vertreter der kulturellen Gemeinschaft der katholischen Volkskreise betont, dass alle Fragen, die den Wiederaufbau Wiens zum Ziele haben, im christlichen Geiste und der bewährten Tradition gemäss, wie sie der grosse Volksbürgermeister Lueger übte, behandelt und gelöst werden müssen. Im Vordergrund stehen, wie während dieser Debatte so oft betont wird, die Probleme Stollunglosigkeit und Wohnungsnot. Aus der Art der Behandlung dieser Zeitfragen bildet sich die Bevölkerung ihr Urteil über den neuen Geist Wiens und seiner Verwaltung. Der Redner verweist darauf, dass der Glaube an eine gute Zukunft eine Stärkung erfahre durch die Tatsache, dass beispielsweise während der letzten drei Jahre dreitausen junge Leute neue dauernde Anstellung und über sechstausend Saisonarbeit und Verdienst gefunden haben. Im Jahre 1936 wurden 40.000 Vermittlungen ständig oder saisonweise durchgeführt. Hierbei habe die Stadtverwaltung an die Jugend und an die Familienerhalter gedacht. Redner lobt das ernste Bemühen der Stadtverwaltung, weiterhin die Wohnungsnot abzuhefen, bezeichnet das Fortbestehen des Systems der sogenannten Ablösen von Wohnungen als einen in der Wiener Bevölkerung schwer empfundenen und vielfach kritisierten Uebelstand und betont, dass die Nichtaufnahme kinderreicher Familien seitens einiger Hauseigentümer als Sabotageakt verurteilt werden müsse. Die katholischen Volkskreise bitten den Bürgermeister, in allen diesen Fragen nach wie vor ihr unerschrockener Anwalt zu sein. Durch zielbewusste Arbeit und den Glauben an die Heimat und seinem Führer muss erreicht werden, Wien und sein Volk wieder zufriedener und glücklicher zu machen.

Frau Rat Dr. Motzko verweist zu dem Kapitel Arbeitsnot auf die Statistik, aus der sich ergebe, dass die Zahl der Beschäftigungslosen seit dem Jahre 1929 ^{infolge der Weltwirtschaftskrise} von 82.000 auf nahezu 200.000 gestiegen ist. Die grosse Gefahr liege darin, dass die Arbeitsnot nicht so wie früher eine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung geworden ist. Die Stadtverwaltung hat sich mit Erfolg bemüht, Arbeit und Verdienst zu schaffen und auch den Mut gehabt, die Mittel hierfür bereitzustellen. Die Stadt Wien bedarf einer Erneuerung im Sinne der Tradition, für die die frühere Verwaltung nichts übrig hatte. Im Voranschlag trete der Wille hervor, die Ueberalterung der Stadt wegzuschaffen, sie wieder einzugliedern in dem grossen Weltverkehr, damit sie allen Ansprüchen in Kultur und Wirtschaft genügen könne. In diesem Zusammenhang verweist die Rednerin auf die vielen Neuschöpfungen der derzeitigen Stadtverwaltung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am _____

Rat Rechberger befasst sich mit der Arbeitsbeschaffung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien. Die Arbeitslosen-Ziffern mahnen zu den äussersten Anstrengungen. Auf dem Gebiete der Arbeitsvergebungen ist die Stadtverwaltung beispielgebend vorangegangen, als sie/ ^{beschloss} auf Initiative des Herrn Bürgermeister's zunächst die Bonität der Lieferungsfirmen in sozialer und in arbeitsrechtlicher Hinsicht festzustellen. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, müsse man erwägen, grosse Kredite für die Arbeitsbeschaffung aufzunehmen, auch bei langfristigen Investitionsanleihen brauche ein ausgeglichener Haushalt nicht in die Brüche zu gehen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre auch an die Einführung der Vierzigstundenwoche zu denken und die Betriebe der öffentlichen Hand, insbesondere der Stadt Wien, hätten zu überlegen, ob und inwieweit sie auf diesem Gebiete beispielgebend vorgehen können. Redner bittet den Bürgermeister, die Anregung zu beachten auf Einsetzung einer Studienkommission durch die Stadt Wien, die nicht bloss die Durchführbarkeit der Vierzigstundenwoche in ihren Betrieben, sondern auch alle Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung und der Unterbringung von Arbeitslosen zu untersuchen hätte. Ein weiteres Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit erblickt Redner in der Bekämpfung des Doppelverdiener-tums und in einer grosszügigen Propaganda für Arbeitsbeschaffung. Weiter bespricht er die Frage der arbeitslosen Jugend und zeigt die Gefahren dieser sozialen Erscheinung auf. Um der Jugend auch auf dem Gebiete der Lehrlingsheranbildung zu helfen, soll die Stadt Wien in ihren Betrieben die Lehrlingshaltung einführen und auch Lehrwerkstätten errichten. Redner befasst sich mit Feststellungen der Jugendgerichtshilfe über die Not der Jugend besonders über die Not der Kinder arbeitsloser Eltern und wendet sich gegen einzelne unsoziale Unternehmer.

Rat Dr. Herberth polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners in Bezug auf ^{die doch nur Einzelfälle seien,} unsoziale Unternehmer, und bespricht Wünsche und Beschwerden des Wiener Handels. Vor allem bittet er den Bürgermeister, das sogenannte "Aktionenwesen" von den Aemtern und Betrieben der Stadt Wien möglichst fernzuhalten, da diese Verkaufsaktionen in Privatbetrieben und in öffentlichen Aemtern die Interessen des legitimen Handels beeinträchtigen. Eingehend befasst sich der Redner mit gewissen Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung des Wiener Handels und teilt mit, dass Bemühungen im Gange sind, etwa nach dem Muster der gewerblichen Kreditgenossenschaften auch für die Wiener Kaufleute eine Kredithilfe zu schaffen. Hiefür erbittet Redner die Unterstützung des Bürgermeisters. In Besprechung der Preissenkungsaktion für lebenswichtige Artikel und der anerkannten Opferbereitschaft des Handels wendet sich der Redner gegen unbegründete und ungerechte Behauptungen, die in der Öffentlichkeit über die Lage des legitimen Handels geäussert wurden. Zum Schlusse verweist Redner auf die schwierige Lage des Wiener Kleinhandels.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt.

Wien, am _____

Rat Dr. Trautzl: Als Vertreter der kulturellen Gemeinschaft für Volksbildung und Unterricht bin ich an anderen Budgetposten interessiert, als die Mehrzahl meiner Vorredner. Dass für die Schule von der Stadtverwaltung nach besten Kräften gesorgt wird, verbürgen nicht nur die zahlenmässigen Ansätze, sondern auch die erprobte Schulfreundlichkeit der Stadtverwaltung des Herrn Bürgermeisters. Ganz besonderer Dank gebührt aber dem Herrn Bürgermeister wohl dafür, dass er in einer Zeit erschreckend sinkender Schülerzahl in den letzten zwei Jahren ermöglicht hat, junge Lehrer in den Dienst der Schule aufzunehmen. Nun steht die Stadtverwaltung vor dem Problem der Weiterbeschäftigung der jetzt angestellten Lehrer. Wir können nur hoffen, dass der Aufbau Hand in Hand geht mit einem ethischen sittlichen Aufbau und dazu brauchen wir den Idealismus der Jugend und der Junglehrerschaft. Mögen sie das in sie gestellte Vertrauen rechtfertigen. In naher Verwandtschaft mit dem Unterrichtswesen steht die Volksbildung. Wir haben durch die Verabschiedung des Volksbildungsgesetzes für Wien der Volksbildung eine gesunde Grundlage gegeben. Im Voranschlag ist eine verhältnismässig hohe Summe für die Volksbildung, fast 450.000 Schilling aufgenommen. Ich möchte trotzdem an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, so weit es möglich ist, die Volkseildungstätigkeit in verstärkter Masse auf verschiedenen Gebieten zu unterstützen. Ich zähle zur Volksbildung im weiteren Sinne auch die Kunstförderung der Stadt Wien. Im Jahre 1936 wurde hiefür ein Betrag von 100.000 Schilling ausgegeben. Aber angesichts des erschütterten Elends, das in weiten Künstlerkreisen herrscht, muss diese Summe doch als unzulänglich bezeichnet werden. Die Künstler wollen keine Almosen, sie wollen Arbeitsmöglichkeit. Diese Frage kann nicht von heute auf morgen gelöst werden, aber man kann den Künstlern Arbeitsmöglichkeit dadurch geben, wenn man die Allgemeinheit wieder für die Künstler zu interessieren versteht. Dies wurde bei den Bauvorhaben der letzten Zeit durchgeführt und ich möchte bitten, auf diesem Gebiete weiter fortzuschreiten und auch in diesem Sinne Einfluss auf das Baukapital zu nehmen. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass auch in der Gegenwart entsprechende kulturelle Werte geschaffen werden, damit Wien nicht nur vom Ruhme der Vergangenheit zehren muss.

Rat Rauch: Es kommt mir nicht richtig vor, dass hier in diesem Hause, wo die ständischen Einrichtungen zum Ausdruck kommen sollen, so viel hinüber und herüber gesprochen wird. Die Kollektivverträge helfen nicht allein vor Ungerechtigkeiten, sie müssen auch eingehalten werden. In letzter Zeit sind verschiedene Dinge über Betriebe bekannt geworden, die sich nicht nach den Kollektivverträgen halten und schliesslich auch noch dem Staate die Steuern schuldig bleiben. Solche Betriebe müssen von allen Seiten bekämpft werden. Es wird davon gesprochen, dass die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll. Man könnte da mehr darauf sehen, dass bei den Strassenbauten der Gemeinde ^{Maschine mehr ausgeschaltet} von den Unternehmern die/ wird. Man sieht bei Strassenbauten Parks von Maschinen, aber zu wenig Arbeiter. Es soll darauf gesehen werden, dass weniger Maschinen und mehr Menschen beschäftigt werden.

Rat Effenberger: Ich spreche für einen Stand, den Gewerbebestand, der in der heutigen Zeit, wo es sehr viele Lasten auf sich genommen hat, aber verhältnismässig sehr wenig Rechte besitzt. Der Gewerbebestand in Wien unterliegt zum Grossteil einer derartigen Verschuldung, dass es auf die Dauer unerträglich erscheint.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am

Durch das Arbeitsprogramm des Bundes und der Stadt Wien für 1937 wird das Gewerbe wohl auch zum Zuge kommen. Wir sind dem Bürgermeister und der Verwaltung sehr dankbar, dass in den letzten zwei Jahren das Gewerbe in öffentlichen Arbeitsvergaben stark beschäftigt wurde. Dadurch wurde ein Teil der Not gelindert. Aber die öffentliche Arbeitsbeschaffung allein kann dem Gewerbe nicht helfen. Der Gewerbestand soll wieder in die Lage versetzt werden, Arbeiter zu beschäftigen. Redner bespricht sodann die Lehrlingshaltung in gewerblichen Betrieben. Er tritt dafür ein, dass die Fürsorgeabgabe auf eine neue Basis gestellt werden soll,

etwa nach dem Beispiel der Neuordnung der Gewerbeumlage des Gewerbeverbandes der Stadt Wien auf der Basis der bezahlten Steuer des letzten Jahres bemessen werden. Redner bittet das Finanzamt der Stadt Wien diese Frage zu prüfen.

Frau Rat Wolfring bespricht Fragen der Kultur und Kunst, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hebt die positive Arbeit der Stadt Wien, die Politik der Stadtverwaltung zum Schutze der Familie und der Hemmung ~~und~~ des Geburtenrückganges hervor. Der Gedanke der kinderreichen Familien muss in Oesterreich wieder zu Ehren kommen. Rednerin dankt dem Bürgermeister im Namen der Mütter Wiens, dass er in den Vordergrund seiner sozialen und Fürsorgepolitik die Familienpolitik gestellt hat. (Grosser Beifall). Wir haben einen Kontrast in der Wiener Bevölkerung. Der Herr Bürgermeister baut Familienasyle, um Arbeitslosen Familien ein Heim zu schaffen, ihnen die Kinder zurück zu geben. In fünf Familienasylen wohnen 531 Familien mit 1640 Kindern und in der Inneren Stadt gibt es ganz Häuserreihen, wo keine Kinder sind, dafür in einer einzigen Gasse 74 Hunde. Dieser Kontrast zeigt, dass die gutgestellten Ehepaare sich von der Familie abkehren, in einer Selbstsucht, die die verheerendsten Folgen hat. Den armen kinderreichen Familien hilft unser Bürgermeister, wohl wissend, dass ^{das Volk} von Oesterreich nicht aus Parasiten besteht, sondern aus den kinderreichen Familien, die es begreifen, dass der Zweck der Familie ein heiliger ist. (Grosser Beifall.) Die Familienfürsorge des Bürgermeisters kommt auch zum Ausdruck in der Errichtung von Schwangerberatungsstellen, von Kinderhorten und anderen Einrichtungen, die den Schutz der Familie bezwecken, wohl wissend, dass der Schutz der Familie auch der Schutz des Staates ist. Rednerin bittet den Bürgermeister weiterhin aufklärend zu wirken, damit Zustände beseitigt werden, die im christlichen deutschen Oesterreich zum Himmel schreiben. In Wien gibt es heute noch Anstalten und Aerzte, die sich dazu hergeben, das keimende Leben abzutreiben. Im ^{christlichen} Oesterreich

verlangen wir die Abstellung solcher Misstände. Wollen wir aber die Familie aufbauen, dann müssen wir auch für einen gesunden Lebensraum sorgen. Deshalb muss der Unfug der Ablösen andlich abgeschafft werden. Junge Leute

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Bogen.

Wien, am

können nicht heiraten, keine Familie gründen, weil sie die paar tausend Schillinge der ^{ablässe} Wohnung nicht besitzen. Es wäre eine Tat von weittragender Bedeutung, wenn hier Wandel geschaffen würde, Rednerin appelliert schliesslich an die Vertreter der Stände, die hier in der Bürgerschaft vereinigt sind, überall dort, wo es gilt, die Familie zu schützen, helfend einzugreifen. Erst dann werde die hohe Mission des Bürgermeisters zum Durchbruch kommen der grosse Familienpolitik leistet.

Rat Petravic befasst sich mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und betont, dass auch die Industrie sich vollständig ihrer Verantwortung dem Volk gegenüber bewusst ist.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen, Freitag.

.....